

Die Verteilung der Wahlen ist in den letzten Tagen sehr unterschiedlich gewesen. Die Wahlen im Westen und Süden waren sehr gut besucht, während die Wahlen im Osten und Norden weniger gut besucht waren. Die Ergebnisse der Wahlen sind folgende:

## Berichtssitzung der Völkerbundversammlung.

**Wien.** (Funkspruch.) In der heutigen Berichtssitzung der Völkerbundversammlung berichtete Staatsrat Strobl im Namen der juristischen Kommission über die Lage der Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Gewährleistung der Mützen. Für die dritte Kommission forderte Ingolstädter Delegierte Maxmilian Weiß die Rücknahme des Vertrags vom 20. August vorliegende die Sicherheit in Europa befürchte. Der schwedische Vertreter erklärte, daß es keinen gäbe, welche die Schweden Schiedsverträge abgeschlossen hätten, die viel weiter gingen als der Vertrag von Locarno. Nichtsdestoweniger befürchtete die schwedische Delegation die Konsequenzen.

Bei der Erledigung der Tagesordnung der heutigen Berichtssitzung entstand so in der Frage der Definition und Abgrenzung des Mandatbereiches des Völkerbunds eine längere Auseinandersetzung. Wenig später einen Antrag auf Berichtigung der ganzen Frage auf die nächste Völkerbundversammlung ein. Die Versammlung entschied im Sinne dieses Antrages.

Eine von der Versammlung angenommene Entschließung spricht der Mandatkommission für ihre Zuständigkeit und ihren Eifer, mit denen sie sich der Erfüllung ihrer heiligen Aufgaben widmeten, den Dank aus.

Herner beschloß die Versammlung, den norwegischen Antrag auf Einführung eines Proportionalwahlrechts für die Wahl der nichtabstimmenden Abgeordneten auf die nächste Völkerbundversammlung zu vertragen und genehmigte die Arbeiten aus dem Gebiet der Kodifizierung des internationalen Rechts und den Berichten über die Tätigkeit der ständigen Völkerbundskommission für Verkehrs- und Transfertarife.

Die Schlussrede der Völkerbundversammlung ist auf heute nachmittag 8.15 Uhr angelegt.

## Verlegung des ersten deutschen Reichstags.

**Nürnberg.** (Funkspruch.) Aufgrund der in Hannover herrschenden Grippeepidemie mußt am beständigen Wunsch der ersten deutschen Reichstags vom 16. und 17. Oktober auf den 2. und 3. April 1927 verzögert werden. Es wird mit einer großen Reichstagssitzung verbunden werden.

## Die Ostasienflugzeuge der deutschen Luftwaffe.

**Berlin.** (Funkspruch.) Die beiden Ostseeflugzeuge der deutschen Luftwaffe sind heute morgen 5 Uhr in Moskau gelandet und mittags in Peking gelandet. Sie werden morgen vormittag 11.30 Uhr auf dem Flughafen Tempelhof eintreffen.

## Der Präsident des Hansabundes Fischer gegen Dr. Silverberg.

**Berlin.** (Funkspruch.) Im Wirtschaftspolitischen Gesamtstandpunkt des Hansabundes sprach heute vormittag der Präsident des Hansabundes, Hermann Fischer, M. d. R., über wirtschaftspolitische Forderungen des Hansabundes. Er nahm Stellung gegen die Erklärungen Dr. Silverbergs und wies darauf hin, daß der Hansabund parteipolitisch neutral sei und es für eine Gefahr anscheine, wenn die Wirtschaft durch ihre Verbündeten bestimmte politische Forderungen aufstelle. Die politische Verantwortung müsse den politischen Parteien überlassen bleiben. Der Hansabund habe des öfteren mit Bedauern feststellen müssen, daß die Reichsregierung sich in den schwierigen Situationen von unverantwortlichen außerhalb der politischen Vertretungen stehenden Kreisen, wie Gewerkschaften, Handlungen habe abwenden lassen.

## Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 25. September 1926.

### Zur Frage der Regierungsbildung in Preußen.

**Berlin.** (Funkspruch.) An den angeblichen Verbündungen wegen einer Erweiterung der Regierungskoalition in Preußen erhält das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger von zuständiger Seite, daß solche Verhandlungen von Partei zu Partei nicht stattfinden. Jegliche Fraktionsabschlüsse und Verhandlungen liegen in dieser Frage nicht vor. Und die Parteien dieser Fraktionen haben sich damit nicht befreit. Die Fraktionen treten erst am 6. Oktober wieder zusammen, sobald irgendwelche Entscheidungen bis zum Vortag des Deutschen Volksrates in Köln, der vom 30. September bis 3. Oktober stattfindet, nicht erfolgen können. Der Reichsparteitag läßt mit der Frage der Regierungsbildung in Preußen nichts zu tun und wird auch dann dazu nicht Stellung nehmen. Es handelt sich bei den Verhandlungen, wenn sie stattfinden sollten, nur um eine persönliche Übereinkunft zwischen den Abgeordneten Dr. Heck (S) und Dr. Heide (D). Die Frage der Initiative in dieser Angelegenheit spielt, wie erklärt wird, keine Rolle, weil alle Parteien in Preußen davon überzeugt sind, daß in der Frage der Regierungsbildung irgend etwas geschehen muss, da die jetzige Regierungsbildung sich bei wichtigen Entscheidungen als zu klein erwiesen habe.

### Gleichzeitiges der britisch-amerikanischen Kriegsvergütungskommission.

**Berlin.** (Funkspruch.) Die britisch-amerikanische Kommission zur Untersuchung der Auslandsergütungen auf deutsche Kriegsvergütungen und daraus hergestellten Waren hat heute im Rahmen einer gemeinsamen und übereinstimmenden Sitzung von der Kommission unterzeichnet, welcher der britischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten vorgelegt wird.

### Die bayerischen Wahlen.

(München.) Bis letzter Termin der Wiederwahlkommunion hat Sachsenhausen die Auszählung

der Wahlen in Bayern beendet. Die Auszählung der Wahlen in Sachsenhausen ist noch nicht abgeschlossen, und wird bis über die 10.000 Stimmen hinausgehen. Die Auszählung wird von der Landesregierung in Sachsenhausen die Auszählung der Wahlen in Sachsenhausen beauftragt.

### Wahlbericht der Deutschen Völkerbundversammlung.

**Berlin.** (Funkspruch.) Der amerikanische Gesandte in Berlin informiert, daß er gestern hier eingetroffen und erläuterte seine Absicht, daß er weiterhin in Westdeutschland das deutsche Reichsamt habe. Die Delegation aus Deutschland den Vereinigten Staaten gegenüber ist sehr freundlich und die Beziehungen der beiden Länder sind hervorragend. Die Wirtschaftslage ist trotz der Weltwirtschaftskrise gut.

## Geschäftsbericht der Deutschen Völkerbundversammlung.

**Wien.** (Funkspruch.) In der heutigen Berichtssitzung der Völkerbundversammlung berichtete Staatsrat Strobl im Namen der juristischen Kommission über die Lage der Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Gewährleistung der Mützen. Für die dritte Kommission forderte Ingolstädter Delegierte Maxmilian Weiß die Rücknahme des Vertrags vom 20. August vorliegende die Sicherheit in Europa befürchte. Der schwedische Vertreter erklärte, daß es keinen gäbe, welche die Schweden Schiedsverträge abgeschlossen hätten, die viel weiter gingen als der Vertrag von Locarno. Nichtsdestoweniger befürchtete die schwedische Delegation die Konsequenzen.

Bei der Erledigung der Tagesordnung der heutigen Berichtssitzung entstand so in der Frage der Definition und Abgrenzung des Mandatbereiches des Völkerbunds eine längere Auseinandersetzung. Wenig später einen Antrag auf Berichtigung der ganzen Frage auf die nächste Völkerbundversammlung ein. Die Versammlung entschied im Sinne dieses Antrages.

Eine von der Versammlung angenommene Entschließung spricht der Mandatkommission für ihre Zuständigkeit und ihren Eifer, mit denen sie sich der Erfüllung ihrer heiligen Aufgaben widmeten, den Dank aus.

Herner beschloß die Versammlung, den norwegischen Antrag auf Einführung eines Proportionalwahlrechts für die Wahl der nichtabstimmenden Abgeordneten auf die nächste Völkerbundversammlung zu vertragen und genehmigte die Arbeiten aus dem Gebiet der Kodifizierung des internationalen Rechts und den Berichten über die Tätigkeit der ständigen Völkerbundskommission für Verkehrs- und Transfertarife.

Die Schlussrede der Völkerbundversammlung ist auf heute nachmittag 8.15 Uhr angelegt.

## Geschäftsbericht der Deutschen Völkerbundversammlung.

**Wien.** (Funkspruch.) Nach der Berechnung des Statistischen Bundesamtes beträgt die tatsächliche Gesamtstadt der Lebenshaltungskosten auf erweiteter Grundlage (Ernährung, Kleidung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung, Verkehr, Körperpflege, Reinigung usw.) im Durchschnitt September 1925 (Kriegszeit = 100). Sie ist gegenüber jener für den Monat August vorliegende Unterziffer von 145,3 um 1,2 u. 0,6 gestiegen.

Am heutigen Montag war am Freitag die Haltung des Wettbewerbsmarktes überwiegend fest. Das Unternehmen hat sich weiterhin gehalten. Von den inländischen Unternehmen aus funktionsfähige Betriebe auf 74 Prozent. Ein Betriebmarkt gewann Dresdner Bank 2% Prozent, Berliner Bank 2% Prozent, Commerzbank 2% Prozent, Berliner Handelskantone 1% Prozent. Eisenbahnen hatten sehr ruhige Geschäfte. Von den Großbetrieben gewonnen Hanau-Dampfschiffahrt 2,2% Prozent, Norddeutscher Lloyd und Hapag je zwei Prozent und Hamburg-Süd 1% Prozent. Ein Monat später gewannen die führenden Werke 1-1,5 Prozent. Steigen Solingen wurde um fünf Prozent höher bewertet. Ruhrländer waren sehr ruhig. Sicherlich gewann 2% Prozent. Das Geschäft in Elektroanlagenwerten war wenig umfangreich. Bergmann gewannen 3% Prozent, Licht und Kraft, Westen und Siemens bis zu zwei Prozent. Am Markt der Maschinen und Motorenfabriken gewannen Adler 2%, Schubert u. Salzer 2% Prozent. Berlin-Kurfürther Industrie, Daimler und Opelstein je anderthalb Prozent. Der Sach für tägliches Brot war 8% bis 9% Prozent. Für Monatssalz 5% bis 7% Prozent. Der Preisindex blieb unverändert. Am Dienstagmarkt ist der Preis ebenfalls erheblich gefallen.

## Geschäftsbericht der Deutschen Völkerbundversammlung.

**Wien.** (Funkspruch.) Bei Gelegenheit der letzten Ausschusssitzung und Gesellschaftsversammlung der Reichsgesetzgebungsbehörde, in der die Liquidations-Gesetzeslauftag genehmigt und dem Staatssekretär Eröffnung erzielt worden ist, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Bedeutung der Reichsgesetzgebungsbehörde für die Kriegs- und Friedenswirtschaft gewürdigt und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß das Bild, das die konservative Führung aufgezeichnet hat, es die Reichsgesetzgebungsbehörde im Gegensaft zu den Bürgern für aller Friedensgesellschaften einen nicht unerheblichen Millionenüberschuss aufweist.

Das Reichsgesetzgebungsamt wird hierzu folgendes bemerken: Auch von der Mälzerei wird erkannt, daß die Reichsgesetzgebungsbehörde ihre zwecklos schwierige Aufgabe für die Ernährung in der Friedens- und Friedenswirtschaft erfolgreich durchgeführt hat. Man sollte allerdings erwarten müsste, daß man bei Würdigung dieser Tatsache den tatsächlichen Anteil, welchen die Mälzereiindustrie an diesem Ertrag hatte, nicht übersehen hätte. Noch bemerkenswerter ist es aber, wenn hier auf der einen Seite der erzielte Millionenüberschuss lobend hervorgehoben und der Freude über die Möglichkeit, dadurch bei schwer eingangs Landwirtschaft in feste unumstößliche Weise durch produktionsfördernde Maßnahmen zu helfen, Ausdruck gegeben wird, während andererseits den Bürgern die gerichtliche Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen auf Aufwertung der ihnen bei Reichsgesetzgebungsbehörde gegebenen Garantien durch den Einwand der sogenannten Abgeltungsvorordnung vom 30. Oktober 1928 vereitelt werden soll. Besonders bemerkenswert ist es, daß diese Befreiung auf die Abgeltungsvorordnung erst in dem Augenblick erfolgt, in welchem die Mälzerei, nachdem weiter das Schiedsgericht noch direkte Verhandlungen verfügte zu einem Erfolg geführt haben, eine gerichtliche Entscheidung über ihre berechtigten Forderungen herbeizuführen scheint, und die Reichsgesetzgebungsbehörde die Gefahr erkennt, entweder zu einer angemessenen Auswertung verurteilt zu werden. Dieses Verhalten steht in einem recht traurigen Gegensatz zu dem so sehr gelobten Ueberlauf der Reichsgesetzgebungsbehörde. Ein Kaufmännisches Leben pflegt man Unternehmungen, welche sich moralisch berechtigten Geldforderungen durch eine Art Differenzierung an entziehen zu können, auch dann, wenn ihre finanzielle Position eine kritische ist, in recht schwerer Weise zu wahren zu müssen. Von halbamtlichen und amtlichen Stellen sollte man wohl erwarten, daß sie in ihrer Ausübung über moralische Pflichten nicht weniger streng sind als der Kaufmannsstand.

Da es sich bei der Auswertung der Mälzereifontion um eine Gesamtsumme handelt, die nur einen Bruchteil der geprägten Ueberflusses der Reichsgesetzgebungsbehörde ausmacht, so dürften der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und der Herr Reichsfinanzminister vielleicht doch noch an der Erkenntnis kommen, daß es eine Ehrenpflicht wäre, den Bürgern, welche an dem guten Gefüge der Betriebswirtschaftswirtschaft einen so hervorragenden Anteil haben, wenigstens eine angemessene Auswertung der von ihnen überlegenen Garantien anzubieten.

## Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe.

Nr.	Moldau		Eger		Elbe				
	Strom-	me-	Strom-	Elbe-	Klett-	Wiss-	Dres-	Elbe-	
	me-	me-	burg	me-	mar-	fig	den	flie-	
24.	+ 26	- 26	- 20	- 22	+ 7	+ 28	- 4	- 150	- 98
25.	+ 26	- 26	- 20	- 18	+ 18	+ 28	- 2	- 148	- 89

## Wähllicher Sonntagdienst am 26. Sept. 1926.

**Werte:** Sehr weit für wirtschaftlich dringende Fälle lebenswichtig erachtbar.  
**Deutschland:** Herr Witzel, Stadtkellerei Wiesla, Bettinerstrasse 21, (vormittags 8-11 Uhr).  
**Wasserbehörde:** Wasserbehörde, Stadtkellerei Wiesla, Bettinerstrasse 1, Unterepotheke, Stadtkellerei Wiesla, Georgstraße 6b, die aus dem 26. 9. 1926, abends 7 Uhr, bis zum 2. 10. 1926, vorm. 8 Uhr, nachts Dienstbereitstundt haben.

## 14. Sitzung 5. Klasse 189. Chaf. Landeskammer

Sitzung am 26. September 1926

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist. Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.

Der Chaf. Landeskammer ist bestimmt, daß die Bezeichnung "Chaf. Landeskammer" noch nicht ausreichend ist.